

# UNIVERSITÄTSZEITUNG

10/11

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG  
18. 3. 1965  
9. JG. / 33 603  
30 PFENNIG

22 MÄRZ 1965

„Das ist Fred.“ Gisela zeigt dem kubanischen Sportsstudenten Georg Cuesta in der Amigo-Plattenbar im Messehaus Petershof ihre Lieblingsplatte.



Einsendung zum Fotowettbewerb „Studenten im Bild“ um den Preis der Karl-Marx-Universität von Hans Peter Geul. Die Wettbewerbsfotos (Mindestgröße 13x18 cm) sind zu senden an die Redaktion der „Universitätszeitung“, 701 Leipzig, Ritterstraße 26. Preis: Preis der Karl-Marx-Universität (für Studenten, drei Stufen, insgesamt 1000 MDN), Preis der Redaktion für die beste Einsendung aus dem nichtstudentischen Bereich, Anerkennungspreise im Werte von insgesamt 200 MDN. Jedes veröffentlichte Foto wird mit 10 MDN prämiert.

## Brief aus Ljubljana

Der Rektor der Hochschule für politische Wissenschaften, Ljubljana, Prof. Stane Dolanc, der vor einigen Wochen an der Spitze einer Delegation an der Karl-Marx-Universität weilt und hier einen Freundschaftsvertrag unterzeichnete, richtete einen Brief an Rektor Prof. Dr. Georg Müller, in dem es u. a. heißt:

„Nach glücklicher Rückkehr erachten wir es als unsere Pflicht, Ihnen unseren tiefempfundenen Dank für Ihren liebenswürdigen Empfang, den Sie unserer Delegation bereitet haben, abzusatten. Gleichzeitig wünschen wir Sie darüber in Kenntnis zu setzen, daß wir nach der Ankunft in Ljubljana den Genossen an der Hochschule für politische Wissenschaften unsere schönen Eindrücke hinsichtlich unseres Aufenthaltes in der DDR erschöpfend übermitteln.“

Wir sind tief überzeugt, daß die Beziehungen, die wir gegenseitig hinsichtlich unserer fachlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit angeknüpft und nun vertragsmäßig geregelt haben, fruchtbare und beiderseitig nützliche, dauernde Erfolge zeitigen sowie in Zukunft zur Förderung und Stärkung dieser Beziehungen sowie zur Vertiefung der wissenschaftlich-fachlichen Zusammenarbeit beträchtlich beitragen werden.“

## Wende in der politischen Arbeit - das verlangt mehr

In der Wahlversammlung der Grundorganisation Verwaltung konnte man sich den Eindrücken nicht erwehren, daß einige Genossen die Wende in der politischen Massenarbeit der Partei, die seit dem 1. Plenum auf der Tagesordnung steht, eigentlich gar nicht so schwierig halten oder gar der Meinung sind, sie zum großen Teil schon vollzogen zu haben, als sie nicht vornehmen, etwas mehr zu tun in der politischen Arbeit. Man konnte deshalb zu diesem Eindruck kommen, weil sie es sich bei diesem Thema ziemlich leicht machten, weil sie von Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit sprachen, ohne tatsächlich zu versuchen, tiefergehend als bisher konkrete Probleme der Arbeit mit den Menschen in ihrem Bereich aufzuwerfen und die Wirksamkeit der Parteiorganisation daran zu messen, wie alle Angehörigen des Bereichs die Politik der Partei verstehen und in welchem Maße sie an der Lösung der Aufgaben mitwirken. In der Tat erfordert aber die Wende in der massenpolitischen Arbeit gründlichere, von Routine und selbstzufriedener Oberflächlichkeit freie Einschätzungen und genaue Kenntnisse dessen, was die Menschen bewegt.

Wenn hier davon die Rede ist, daß bei einigen Diskussionsbeiträgen solche Eindrücke entstanden, soll dies kein falsches Gesamtbild von der Wahlversammlung hervorrufen. Es gab, angefangen beim Redaktionsratsbericht und beispielsweise im Diskussionsbeitrag des Genossen Michalski (Prorektor für Studienangelegenheiten), ernsthafte Bemühungen, die Lage im Bereich, die Wirksamkeit der Parteiorganisation und die Ursachen nicht ausreichender Wirksamkeit einzuschätzen. Genosse Martin analysierte die Diskussionen zu einigen aktuellen politischen Fragen, setzte sich mit Oberflächlichkeit in der Argumentation auseinander und orientierte auf eine offensive Darlegung unserer Politik, wobei er besonders die Vorbereitung des 20. Jahrestages der Befreiung hervorhob, zu der im Entscheidungsentwurf kein Wort gesagt war. — Inwiefern wies die Versammlung die richtige Richtung. Aber gleichzeitig hatten einige Genossen den Begriff Wende in der politischen Massenarbeit gleichsam nur auf ihre Fahne geschrieben, ohne daß man von ihnen hörte, warum es ihnen dabei eigentlich geht.

Erläuterung der Politik der Partei — das hob Genosse Dr. Wenge, Stellvertreter des Sekretärs der Universitäts-Parteileitung, in diesem Zusammenhang in seinem Diskussionsbeitrag hervor — ist kein einmaliger Akt, sondern ein ständiger Prozeß, denn diese Gedanken finden erst nach und nach in den Köpfen aller Menschen Platz, und zudem unterliegt diese Politik einer ständigen Weiterentwicklung. Doch diese systematische, allseitige Darlegung der Politik der Partei im offenen Gespräch und auf der Grundlage einer genauen Kenntnis der Meinungen und Probleme der Menschen — bezüglich der nationalen Politik, der ökonomischen Politik und ihrer fachlichen Arbeit — war noch nicht genügend und vor allem nicht konkret genug Ausgangspunkt der Diskussion, und eine Reihe im Bericht aufgeworfener Fragen sind noch zu beantworten.

Die neue Leitung der Grundorganisation wird sich damit zu beschäftigen haben, wie der großen Bereitschaft zur Diskussion dieser Probleme insbesondere im Rahmen der Gewerkschaft stärker entsprochen werden kann. Die Wahlversammlung zeigte, daß ein wesentlicher Schritt zu einer wirksamen politischen Massenarbeit darin besteht, die Genossen, die als Gewerkschaftsfunktionäre arbeiten, zur besseren Erfüllung dieser Aufgaben zu befähigen, beginnend mit der Klärung der Verantwortung eines Genossen für die Arbeit der Gewerkschaft. G.L.

## Die DDR, die übliche Sprachregelung und die Demokratie in Gänsefüßen

An der Hamburger Universität: Nachts verschwanden gewisse Plakate / Rektor als Zensor / Aber man spricht von Recht und Demokratie

„Das liberale Image der hanseatischen Alma mater hat in den vergangenen Monaten ohnehin häßliche Plakate bekommen.“ schreibt „Die Zeit“. Aber nun dies: Rektor Prof. Spermer sitzt in der Halleinklemppe und vollführt dort juristische, logische und sprachliche Kapriolen, daß von einem liberalen und demokratischen Image nicht einmal ein Trugbild übrigbleibt.

Folgen wir der Darstellung des Geschehens in der „Zeit“:

...abends geklebte Plakate, die für politische Veranstaltungen werben sollten, hingen am nächsten Morgen nicht mehr an ihrem Platze. (In der Mensa munkelt man von kleinen Nacht- und Nebelaktionen.) Alle verschwundenen Anschläge hatten eine Gemeinsamkeit: Auf ihnen stand zweimal der vierte und einmal der achtzehnte Buchstabe des Alphabets nebeneinander, und das ohne ein „soz.“ und ohne Anführungsstriche — einfach DDR ...

Hinter diesen mysteriösen Aktionen steckte ein vor etwa einem Jahr gefaßter Senatsbeschuß, der die Verwendung der Bezeichnung DDR ohne „Zusätze“ auf Plakaten untersagte, aber geheimgehalten worden war und erst ein halbes Jahr später dem Studentenparlament mitgeteilt wurde, das seinerseits ein halbes Jahr später beschloß, die Öffentlichkeit durch einen Artikel im Asta-Organ „Auditorium“ davon zu informieren. Doch in letzter Minute, als die Zeitung bereits gedruckt war, schritt der Rektor mit seinem Rotstift ein, denn: „Nicht erfahren dürfen die Studenten unter anderem die juristische Begründung für das Plakat-Dekret: daß es also allgemeine Dienstausweisung gebe, die im Behördenverkehr den Ge-

brauch der Buchstabenkombination DDR ohne Zusätze verbiete. Ebenso entfallen mußte damit der Hinweis, daß studentische Vereinigungen allgemein nicht als Behörden gelten und Plakat-aushang kein „Schriftverkehr“ ist.“ Gestrichen wurde auch die Auskunft „von höchstem und hohem Staatsanwillen“, daß der Senatsbeschuß das Recht auf freie Meinungsäußerung beschränke. Stehen blieb nur das Rektorwort: „Die zur politischen Neutralität verpflichtete Universität muß sich an die übliche Sprachregelung halten.“ Einige ausfallende Bemerkungen des Rektors über

Jahrelang hatten die Senatmitglieder offenbar die Augen vor der Buchstabenkombination DDR auf den Anschlägen studentischer Organisationen geschlossen. Der Rektor öffnete sie ihnen, und es wurde sofort ein Beschuß gefaßt: Die Bezeichnung DDR dürfe ohne „Zusätze“ (Anführungsstriche oder „soz.“) nicht mehr auf Plakaten verwendet werden. Erfahren durfte von diesem Beschuß außer der Universitätsverwaltung niemand. Denn die Sitzungsprotokolle des Senats sind vertraulich. So verdrängte dem Plakate über Nacht, ohne daß sich die Studenten der Versammlung erklären können.

Der Rektor hat unverzüglich die Asta-Vermittler zu sich. Und zwei Stunden später waren die 15000 Zeilen des Beschlusses gedruckt und in die Druckerei geschickt. „Auditorium“ erschien mit einem Tag Verspätung an. Der Artikel über den sensiblen Senatsbeschuß war um ein Viertel gekürzt. Der Rektor hatte zur Streichung einige Passagen „gelesen“.

die DDR vor dem Studentenparlament, die sich an die offizielle Sprachregelung hielten, wurden ebenfalls gestrichen (die politische Neutralität muß ja glaubhaft sein, ja sogar vom Rektor abgeleugnet, und ein entsprechendes Tonbandprotokoll war plötzlich an den umstrittenen Stellen gelöscht ...

„Dem Beschuß des Senats liegt die Erwägung zugrunde“, heißt es nunmehr in der verlautbarten Begründung des Beschlusses, daß die junge Demokratie in der Bundesrepublik die größten Anstrengungen macht, das Recht zu wahren ... daß die Universität in allen ihren Teilen für diese Anstrengungen Verständnis haben und mit politischem Takt alles vermeiden sollte, was diesen Willen zum Recht desavouiert ...“

Angesichts dieser beschämenden Affäre noch die Worte Demokratie, Recht und politischer Takt in den Mund zu nehmen und sich so demütig mit der Logik auf Kriegsfuß zu stellen, sollte man eigentlich gelehrten Leuten nicht zutrauen, aber Halbleistungsleute ist nun eben ein schwieriger, undankbarer und unheroischer Beruf, selbst für einen Rektor.

Fakten und Faksimiles entnehmen wir zwei Artikeln der Hamburger Zeitschrift „Die Zeit“ vom 12. Februar und 5. März 1965.